

Arno Gahrmann:

Kauf-nix und Kapitalnix' Rache

Was macht das Kapital, wenn eine Postwachstumsökonomie es nicht mehr benötigt?

Am letzten Samstag des November fand mehr in den Zeitungen als in den Kaufhäusern der aus den USA kostenlos und zollfrei importierte *Kauf-nix-Tag* statt. Er soll ein Zeichen setzen gegen einen *Konsumerismus*, der in seiner Folge die Umwelt schädigt, wertvolle Ressourcen verschlingt und den Menschen ihre Kreativität abtötet. Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift ist die Problematik einer immensen Warenproduktion von vielen Beiträgen her geläufig, und sie verbinden hiermit die Begriffe *Postwachstumsökonomie* und *Nachhaltiges Wirtschaften*. Dass ein „Gut leben statt viel haben“ unbedingt nötig ist, fordert Niko Paech mit viel Engagement. Und dass es möglich ist, belegen viele lebendige Beispiele, wie sie etwa in *Wir steigern das Bruttosozialglück* (Anette Jensen) oder *Zukunft statt zocken* (Wolfgang Kessler) beschrieben sind.

Nur wenige verbliebene Fossilien dürften bezweifeln, dass der westliche Verbrauch natürlicher, menschlicher und gesellschaftlicher Ressourcen nicht zukunftsfähig ist. Ich fürchte nur, dass die aufgezeigten Alternativen, so genügsam und menschlich sie konzipiert sind, an der harten Wirklichkeit des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zerbröseln, bevor sie Gelegenheit bekommen, sich zu bewähren. Welcher Verwendung wird das ersparte Geld zugeführt? Auf dem Konto belassen und damit dem Wirtschaftskreislauf entzogen? Oder investiert in Nahrungsmittelspekulationen oder in Rendite-Fonds, wie sie in Schweden zwei von drei freien Schulträgern kontrollieren? (taz, 11.12.2013, *Fahrerlaunis als Lockmittel*) Oder soll das Geld nicht lieber gleich außerhalb Europas in den florierenden Schwellenländern wie Malaysia und Südkorea angelegt werden, dort wo es „einigen heranwachsenden Volkswirtschaften gelingt, sich zumindest zu einem Teil von einer wirtschaftlichen Talfahrt in den Vereinigten Staaten oder Europa zu lösen“ und wo „Märkte liberalisiert, Handelsbeschränkungen aufgehoben und staatliche Firmen privatisiert“ werden? Diese letzten Zitate sind entnommen der Werbebroschüre „Emerging Markets. In Dynamik investieren“ der Deutschen Bank vom Februar 2012. Sie sollen aufmerksam machen, dass Kapital sich seine Auswege sucht, wo es zurückgeschnitten wird, und dass es sich neue Felder schafft, wo sein innerer Wachstumsdruck es verlangt.

Schleichend und klammheimlich hat es sich in den letzten etwa dreißig Jahren in vormals staatliche Betriebe wie die Post und Krankenhäuser und öffentliche Einrichtungen wie die Alters- und Krankenvorsorge eingenistet; Jahre, in denen in Deutschland der Konsum ohnehin schon viel zu langsam anstieg, um den Rendite- und Wachstumsforderungen des Kapitals zu genügen. So soll in Deutschland öffentliches Vermögen innerhalb der vergangenen zwanzig Jahren in einem Umfang

von einer Billion Euro privatisiert worden sein. Auch die Staatsverschuldung in gar doppelter Höhe ist ein solches Anlagefeld: Da wird ohne Not die Politik gedrängt, die Steuern zu senken, vorgeblich um die Wirtschaft nicht „abzuwürgen“ – und siehe da, diese Steuergeschenke fließen nicht etwa in Arbeit und Güter schaffende Sachinvestitionen, sondern zurück zum Staat, um die entstandenen Finanzlöcher zu stopfen. Nur dass dieses Gelder jetzt nicht mehr als Steuern, sondern als zins- und rückzahlungspflichtige Kredite hergegeben werden, die das Volumen an verfügbaren wie an benötigten Finanzmitteln immer weiter erhöhen. Die Folge des dann verordneten Spardrucks ist eine heruntergekommene materielle und geistige Infrastruktur; die häufigen Bildungstreiks an deutschen Hochschulen und die prekären Bedingungen des akademischen Mittelbaus sind nur ein Beispiel dafür, was der Spardruck angerichtet hat. Und wir erahnen, wozu sich das Kapital in Deutschland anbieten wird: Eine Privatisierung der Bildung, wie sie eingangs für Schweden gezeigt wurde, wie sie in den angelsächsischen Ländern schon gang und gäbe ist und dort zu einem noch stärkeren Auseinanderdriften der Gesellschaft als auf dem Kontinent geführt hat. Dies eröffnet dem Kapital ein Potential, das einen Rückgang in den Bereichen, die sich der kapitalistischen Ökonomie entziehen, mehr als wettmacht. Zur Not holt man auch den Börsengang der Bahn wieder aus dem Lokschuppen; und den schon einmal angedachten Verkauf des Autobahnnetzes hat man sang- und klanglos – nicht etwa beerdigt, sondern geschickt in eine mit jedem Ausbau betriebene streckenweise Privatisierung umgewandelt. Diese holt sich ihre Einnahmen bislang aus der LKW-Maut – wundert es da, dass nunmehr auch die Tabu-Garage einer PKW-Maut aufgeschlossen werden soll? Mittlerweile wird man nicht einmal mehr ausschließen wollen, dass eines Tages analog der UMTS-Frequenzversteigerung Sonne und Luft von den hochverschuldeten Ländern der Welt zu ihrem Eigentum erklärt werden, um sie anschließend an ein Gläubigerkonsortium zu verkaufen. Spätestens dann verstünde jeder das feudale Machtsystem des Kapitalismus, wie es schon die britischen Kolonialherren mit der „hut tax“ praktizierten: Mit der in britischen Pfunden zu zahlenden Steuer auf jede Hütte zwangen sie die Bevölkerung zur Arbeit auf den Plantagen. So ist zu befürchten, dass das Kapital, je mehr es aus Konsum und Produktion verdrängt wird, umso stärker in öffentliche Bereiche eindringt, dort das Handeln direkt oder indirekt bestimmt und somit Demokratie zu einer Farce von Wahlspektakeln verkommen lässt, während die Entscheidungen tatsächlich ganz woanders getroffen werden. Die aktuellen, hinter verschlossenen Türen geführten Verhandlungen über sogenannte Freihandelsabkommen, die wie das TTIP (Transatlantic Trade and Investmentpartnership) tatsächlich den Investoren weitgehende Rechte gegenüber den einzelnen Staaten einräumen, lassen grüßen.

Die Globalisierung schließlich, womit weniger die geographische Ausdehnung der Warenströme (die gab es schon zu Zeiten der Weihrauch- und der Seidenstraße) gemeint ist als die volumenmäßige, finanzielle, regulatorische und kommunikative Schrankenlosigkeit, eröffnet dem Kapital anders als den Staaten und seiner Bevölkerung jedwede „Flucht“ aus unattraktiven Standorten und Ausdehnung auf rendite-

trächtige Felder. Und wie das „land grabbing“ zeigt, grabscht sich das Kapital mittlerweile nicht mehr nur Öl-, Gas- und andere Rohstofffelder, sondern ohne Rücksicht auf das Wohl von Kleinbauern und indigenen Stämmen wertvolle Ackerflächen und Regenwälder. Wem also hier eine Postwachstumsökonomie mit genügsamen Genossenschaften und Märkten eine lukrative Kapitalanlage verwehrt, der investiert dort in solche „emerging markets“.

Es ist auch der erst durch die Globalisierung hervorgerufene und von der EU-Kommission bis auf die kleinste Kommune herunter vorgeschriebene „mörderische“ Wettbewerb, der Unternehmen einen Stillstand oder gar einen Rückschritt bei Strafe seines Untergangs verwehrt. Denn anders als durch Mengenwachstum, sei es lokal oder global, können sie im Kampf um die niedrigsten Kosten nicht mehr mithalten.

Keinesfalls verschwunden sind auch all die „Produkte“ der Finanz“industrie“; diese entwickelten sich ja gerade, um den Überdruck eines exponentiell gewachsenen Kapitals aufzufangen, dem nicht mehr genügend reale Anlageattraktionen zur Verfügung standen. Eine Ahnung dessen, was der Finanzsektor an Kapital absorbiert und generiert, erhalten wir angesichts einer Bilanzsumme der Deutschen Bank von zwei Billionen Euro. Zwei Billionen Euro, dies ist auch das Bruttosozialprodukt Deutschlands oder ein Fünftel aller seiner Mietshäuser, Gewerbe- und Fabrikbetriebe, Kraftwerke und anderer Anlagen. Und dies ist das Kapital nur einer, wenn auch sehr großen Bank.

Die angeführten Beispiele sollen daran erinnern, dass das Kapital keineswegs auf die Bereiche beschränkt ist, die uns täglich umgeben, nämlich Produktion und Konsum von Gütern des täglichen Lebens. Wir mögen hier mit einem „Gut leben statt viel haben“ nachhaltig wirtschaften wollen, müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass das nur noch in –zig Billionen zu messende weltweite Kapital sich schon längst in anderen Regionen der Welt und Bereichen des Lebens eingenistet hat und sie dominiert. Die „neue Landnahme“ (Klaus Dörre) ist dabei, die letzten „ökonomische Brachen“ (Samuelson) umzupflügen und sie droht, Demokratie und Freiheit in kapitalistische Ökonomie zu transformieren.

Es reicht daher nicht, dass die Bundesregierung einen Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) bestellte, der einen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ vorgelegt hat. Sie muss auch ein Konzept einfordern, das die herrschende Ökonomie in ein wachstumsfreies Wirtschaften transformiert. Eine Patentlösung dafür gibt es nicht. Uwe Schneidewind, Leiter des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, schreibt dazu in der *Baustelle Zukunft. Die Große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft (oekom, Juni 2013)* nur resignierend, dass auf alle sich hieraus ergebenden Fragen die moderne Wirtschaftswissenschaft kaum Antworten bietet. Einzig Gerhard Scherhorn erkennt die unbedingte Voraussetzung jeglicher Transformation, nämlich den Charakter des Kapitals so zu ändern, dass es nicht mehr Gewinne zu Lasten Dritter erzielen kann. Dazu will er es zu einem monetären Schadensersatz verpflichten, ein Ansatz, den andere wie Ulrike Herrmann mit hohen Steuern auf einfachere Art zu erreichen glauben. Doch

abgesehen davon, dass es vom Grundsatz her unmöglich ist, realen Schäden einen wahren und letztlich immer nur virtuellen Preis zuzuordnen, ist damit keinesfalls ein nachhaltiger Kapitaleinsatz sichergestellt. Das aufgeblähte Finanzwesen hat uns ja gerade vor Augen geführt, dass es am Geld nicht mangeln muss, um noch so aberwitzig zu investieren und (abzu-)wirtschaften.

Ein System jedoch, das eine ökologische und soziale Misswirtschaft von vornherein abblockt und dennoch unbürokratisch und zu geringsten Kosten arbeitet, ist das der Zertifikate. Wenn auch bislang nur auf CO₂ angewandt und lau gehandhabt, bietet es doch prinzipiell die einzigartige Chance, auch in der herrschenden kapitalistischen Ökonomie quantitative Ziele unbürokratisch und zu den geringsten Kosten zu erreichen. So könnte man einen gesamthaften Flächen- und Rohstoffverbrauch genauso vorgeben wie etwa die Zahl zu beschäftigender Immigranten; die einzelnen Unternehmen haben dies durch entsprechende Maßnahmen zu erfüllen oder ersatzweise Zertifikate von anderen Unternehmen zu kaufen, die diese Vorgaben übererfüllen. Hiermit würden sowohl ökologische Grenzen und soziale Anforderungen der Postwachstumsökonomie eingehalten als auch das hohe Renditeniveau und damit der beklagte Wachstumsdruck gesenkt werden. (Die Zinsen mögen derzeit ja auf einem historischen Tief sein, die Renditen sind es mit einem bundesweiten Wert von durchschnittlich 20% auf das Eigenkapital keinesfalls). Ähnlich dem CO₂-Emissionshandel müsste auch hier ein globales Zusammenwirken ermöglicht und gefördert werden. Denn einmal machen ökologische und soziale Belange nicht an den Grenzen Halt, und zweitens ist zu verhindern, dass mit abwanderndem Kapital nicht nur die Produktion von Waren, sondern auch von ökologischen und sozialen Schäden verlagert wird. Der Smog von Peking, er ist auch der unsrige.

Arno Gahrman

ist Wirtschaftsingenieur und em. Professor für Finanzierung und Investition an der Hochschule Bremen. Seine Forschungsschwerpunkte waren zunächst Energie und Verkehr, später die Zukunftsfähigkeit des ökonomischen Systems. Die oben geschilderte Thematik behandelt er auch in seinem neuesten Buch *Wir arbeiten und nicht das Geld* (2013)